

# DIE LANGEN LINIEN DES THÜRINGER FASCHISMUS. EIN BLICK AUF DAS THÜRINGER SUPERWAHLJAHR AUS HISTORISCHER PERSPEKTIVE<sup>106</sup>

*»Die Nationalsozialisten setzten sich in Apolda und Sonneberg durch, weil sie nicht auf das überkommene bürgerliche Lager beschränkt blieben, sondern außergewöhnlich viele Erst- und frühere Nichtwähler für sich mobilisieren und dazu noch ehemalige Anhänger des sozialistischen Lagers zu sich hinüberziehen konnten. [...] In Apolda und Sonneberg war die NSDAP 1932/33 nicht mehr nur Repräsentantin des nationalen Lagers, sie war hier tatsächlich so etwas wie eine klassenübergreifende Sammelpartei des Protests.«*

So analysierte der Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter in seiner historischen Wahlanalyse die Entwicklung Thüringens in der Weimarer Republik »Von der roten zur braunen Hochburg«.<sup>107</sup> Franz Walter beschreibt darin – auch am Beispiel Sonneberg – wie es der NSDAP gelingen konnte, in unterschiedlichen sozialen und politischen Milieus Fuß zu fassen und Anziehungskraft zu entfalten. Wenn nun im Juni 2023 im Landkreis Sonneberg der erste rechtsextreme Landrat in der Geschichte der Bundesrepublik gewählt wurde, werden unweigerlich Fragen der historischen Kontinuitäten aufgeworfen.

Der Mythos vom »roten Thüringen« verstellt oft den Blick für die Stärke der Republikfeinde in diesem Land. Bei den vorgezogenen Landtagswahlen im Februar 1924, also vor genau 100 Jahren, obsiegte mit dem *Thüringer Ordnungsbund* ein Zusammenschluss rechtskonservativer, nationalistisch-völkischer und rechtsliberaler Parteien.<sup>108</sup> Bereits in den Jahren zuvor hatte ein außerparlamentarisches Bündnis von rechts gegen die Reformpolitik der vorangegangenen sozialdemokratischen Landesregierung mobilisiert. Das Kabinett Leutheuser (1924–1927) war insofern Ausdruck dieser »anti-sozialistischen Bürger- und Bauerallianz«.<sup>109</sup>

<sup>106</sup> Der Beitrag basiert in den Grundlinien der Argumentation auf meinem Beitrag »Gefährdete Demokratie? Die langen Linien des Thüringer Faschismus«, der in den Blättern für deutsche und internationale Politik 11/2023 veröffentlicht wurde. Für die Schriftenreihe der RLS wurde er erweitert und aktualisiert.

<sup>107</sup> Franz Walter: Von der roten zur braunen Hochburg: Wahlanalytische Überlegungen zur NSDAP in den beiden thüringischen Industrielandschaften, in: Detlef Heiden und Gunther Mai (Hg), Thüringen auf dem Weg ins »Dritte Reich«, Erfurt 1996, S. 119–145, hier S. 132 f.

<sup>108</sup> Vgl. ausführlicher: Mario Hesselbarth: Die Thüringer Landtagswahl am 10. Februar 1924 und ihre Konsequenzen für die weitere politische Entwicklung des Landes. Erfurt 2024.

<sup>109</sup> Karsten Rudolph: Die Thüringer Arbeiterbewegung vom Kaiserreich bis zum Ende der Weimarer Republik, Erfurt 2018, S. 100.

Die Ordnungsbund-Regierung ließ sich aufgrund einer fehlenden eigenen parlamentarischen Mehrheit im Landtag von der *Vereinigten Völkischen Liste* unter der Führung des Antisemiten Artur Dinter tolerieren, die nichts anderes war als eine Ersatzorganisation der nach dem Hitler-Putsch von 1923 verbotenen NSDAP. Auch der Tabubruch hat in diesem Land Tradition: Das Kabinett Leutheußer war die erste Landesregierung in der Weimarer Republik, die auf die Unterstützung der Nazis angewiesen war. Das hatte Folgen. Bereits im März 1924 hob das Thüringer Innenministerium das Verbot der NSDAP auf. Thüringen wurde so zum Schutzraum und später zum Sprungbett der Faschisierung des gesamten Landes.

In der Konsequenz führten diese Prozesse schon 1930 zur ersten Beteiligung der NSDAP an einer völkischen Koalitionsregierung in Thüringen und bereits 1932 zur vorgezogenen NS-Regierungsübernahme durch die NSDAP, nach deren klarem Wahlsieg mit über 42 Prozent der Stimmen. Gestützt und vorbereitet wurde diese Entwicklung durch ein völkisches Netzwerk. Gewiss, man sollte mit historischen Analogien vorsichtig sein, aber man muss die langen mentalitätsgeschichtlichen Prägungen der Region kennen, um die heutigen Entwicklungen in Thüringen zu begreifen. Solche Prägungen vergehen nicht, sie werden gewissermaßen in der politischen Kultur als Möglichkeit abgespeichert.<sup>110</sup> Thüringen ist in Fragen der Faschisierung ein historisch kontaminiertes Feld. Angesichts der enormen Stärke der AfD stellt sich die Frage, ob Thüringen erneut zum Exerzierfeld und Vorreiter der Rechtsentwicklung der deutschen Gesellschaft werden wird.

Auf die Bedeutung der Mentalitätsgeschichte hat vor allem die Annales-Schule immer wieder hingewiesen und damit den Blick auf die langandauernden Tiefenströmungen einer Gesellschaft gerichtet. Schaut man speziell auf Thüringen, zeigt sich, dass Faschismus, bürgerliche Steigbügelhalter und eine schwache Linke zu dieser Tradition gehören, gewissermaßen eine thüringische *longue durée*.<sup>111</sup>

<sup>110</sup> Im Übrigen hat der DDR-Antifaschismus solche Mentalitätsbestände nicht gesellschaftlicher Bearbeitung zugeführt, sondern sie lediglich politisch in ebenso binärer Form umcodiert und in neuen autoritären Verhältnissen eingefroren.

<sup>111</sup> Vgl. zu den langen Linien auch: Raj Kollmorgen, Rechtspopulismus in Ostdeutschland. Sieben Thesen zu seiner Formierung, Attraktivität und Ausprägung aus historisch-soziologischer Perspektive, in: ders./ Johannes Schütz/Steven Schäller (Hrsg.), Die neue Mitte? Ideologie und Praxis der populistischen und extremen Rechten, Weimar u. a. 2021, S. 159–188.

Auf dieses Erbe ist nach dem »Tabubruch« vom 5. Februar 2020 wiederholt hingewiesen worden, als CDU, FDP und AfD gemeinsam Thomas Kemmerich zum Kurzzeit-Ministerpräsidenten von Thüringen wählten und einen Sturm der Entrüstung in der Bundespolitik auslösten. Im September dieses Jahres erfolgte die Durchsetzung einer haushaltsrelevanten Absenkung der Grunderwerbssteuer in der gleichen Stimmenkoalition, eine Abstimmung, die von der AfD als Anfang vom Ende der Merz'schen Brandmauer gefeiert werden konnte.<sup>112</sup> Im Dezember verabschiedeten CDU, FDP und AfD einen von der FDP eingebrachten Gesetzesentwurf gegen den Ausbau von Windrädern im Thüringer Wald.<sup>113</sup> Gegen diese Änderung des Thüringer Waldgesetzes bereitet die Landesregierung aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken ein Normenkontrollverfahren vor.

Ein weiterer Gesetzentwurf der Thüringer CDU-Fraktion, der gendgerechte Schreibweisen in Schulen und Verwaltung für unzulässig erklären soll, scheiterte im Februar 2024 an der zu geringen Anzahl anwesender Abgeordneten von AfD, CDU und FDP, weil sich im Plenum keine Mehrheit für die Weiterberatung in den Landtagsausschüssen fand, soll aber erneut vorgelegt werden. Selbstverständlich wird auch hier wieder auf die Zustimmung der AfD spekuliert. Mit jeder gemeinsamen Abstimmung dieser politischen »Kemmerich-Mehrheit« in Sachfragen wird ein Loch in die ohnehin instabile Brandmauer gegen rechts geschlagen und das politische Framing der AfD gestärkt.<sup>114</sup> Denn systematisch wird den AfD-Milieus signalisiert: Eure Themen sind auch unsere Themen.

Im alltagskulturellen Vorraum des Politischen hat es in Thüringen ohnehin nie eine Brandmauer gegen rechts gegeben, sondern rechte Vergemeinschaftungsräume, die CDU, FDP, AfD und auch viele *Freie Wähler* umfassen. Auch nachdem sich ein Teil dieses Milieus radikalisiert und als AfD politisch verselbstständigt hat, blieben diese Vergemeinschaftungsräume – vom Karnevalsverein bis zum Handwerkerstammtisch – intakt. Das schafft wechselseitiges Vertrauen und lässt mediale Skandalisierungen ins Leere laufen.

<sup>112</sup> Albrecht von Lucke, Brand ohne Mauer, Der Irrweg der Söder-Merz-Union, in: Blätter, 10/2023, S. 5–10.

<sup>113</sup> <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/windraeder-wald-gesetz-fdp-strom-100.html>

<sup>114</sup> <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/genderverbot-schule-landtag-cdu-afd-100.html>

## Gleicher Namen, anderer Inhalt: Die bürgerlichen Parteien im Osten

In den vermeintlich bürgerlichen Parteien FDP und CDU wird kein liberal-konservatives Bildungsbürgertum repräsentiert, weil ein solches in Thüringen schlichtweg nicht von politischem Gewicht ist. Das wurde durch die lange Regentschaft von Bernhard Vogel bloß verdeckt. Der ideologische Kern der Thüringer CDU war ein reaktionärer Antisozialismus, der in den 1990er-Jahren noch eine wirksame Mobilisierungsstrategie darstellte. In diesem Klima wurden die Kader der *Jungen Union* sozialisiert, die heute den Landesverband prägen. Die CDU Thüringen wusste nie selbst, wie rechts sie wirklich war und ist – auch im Vergleich zu westdeutschen Landesverbänden dieser Partei. Weder hat es in Thüringen einen relevanten sozialkonservativen Arbeitnehmerbereich wie in Nordrhein-Westfalen und im Saarland noch einen liberalkonservativen Flügel wie in Schleswig-Holstein gegeben. Und was sich in den 90er-Jahren in der systematischen Verharmlosung und Entpolitisierung des Rechtsextremismus artikuliert, setzt sich heute in gemeinsamen Abstimmungen mit der AfD fort. Man kalkuliert mit ihren Stimmen, um die R2G-Minderheitsregierung unter Druck zu setzen, und tut überrascht, wenn es passiert. Hier sind politische Wiederholungstäter am Werk, die in der Kontinuität ihrer politischen Sozialisation agieren. Ähnlich gestalten sich die Verhältnisse in der FDP; ihr vermeintlicher Liberalismus ist vor allem ein radikaler Anti-Etatismus, der problemlos Brücken zur AfD schlagen lässt.

Insofern steht der 26. Juni 2023 in Sonneberg – die Wahl des ersten Landrats der radikalen Rechten nach 1945 – für eine Zäsur und zugleich für eine fatale Thüringer Kontinuität. Es ist ein politischer Einschnitt, aber auch eine Entwicklung, die sich lange angebahnt hat und noch immer verharmlost wird. Es war absehbar, dass eine demokratische Allparteienkoalition diesen Wahlsieg der AfD in der Sonneberger Stichwahl kaum würde verhindern können. Denn es gehört zu den Paradoxien politischer Mobilisierung, dass solche breiten Aufrufe jenes Bild der unterschiedslosen »Systemparteien« befördern, von dem gerade die AfD profitiert. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die AfD in der Stichwahl noch zusätzliche Stimmen aus dem bisherigen Nichtwählerbereich gewinnen konnte.

Es waren auch AfD-Wahlerfolge, die in den letzten Jahren zu erhöhten Wahlbeteiligungen geführt haben. Dennoch nehmen die Mitte-Links-

Parteien diese rechtsradikale Antwort auf die Krise der politischen Repräsentation anscheinend immer noch nicht ernst. Und vor allem: Warum sollten Nichtwähler ein automatisches Reservoir der Demokratie sein? Systematische, über den Wahltag hinausgehende Strategien ihrer Rückgewinnung durch die demokratischen Parteien sind bis heute nicht erkennbar. Mit einem Hausbesuch in der heißen Wahlkampfphase ist es jedenfalls nicht getan.

## AfD: Ein erfolgreiches Radikalisierungskollektiv

Das Sonneberger Wahlergebnis ist allerdings keinesfalls linear und allein aus solchen tiefen Prägungen abzuleiten. Sprich: Der Verweis auf lange autoritäre Entwicklungen ist sicher berechtigt, aber in seiner Erklärungskraft für aktuelle Wahlergebnisse zugleich beschränkt.

Eine Wahl ist denn auch immer das, was die Annales-Schule als *événement* bezeichnet hat – ein Ereignis, das in die *longue durée* einbricht. Zur Bestimmung politischer Kräfteverhältnisse bedarf es daher – neben dem historisch informierten Blick – auch der Analyse des konkreten Momentums.

Vergleicht man das Sonneberger Wahlergebnis vom Juni 2023 mit dem von 2018,<sup>115</sup> fallen zwei Entwicklungen ins Auge: Der AfD ist – ungeachtet ihrer steten Radikalisierung – in den vergangenen Jahren eine große politische Terrainerweiterung in diesem Landkreis gelungen, sodass sie ihr absolutes Stimmenpotenzial bereits im ersten Wahlgang deutlich steigern, in der Stichwahl mit 13 420 Stimmen sogar gegenüber 2018 annähernd verdoppeln konnte. Demgegenüber erreichten die zwei Kandidaturen aus dem R2G-Bereich zusammen lediglich ein Ergebnis von 17,61 Prozent und schafften es noch nicht einmal mehr in die Stichwahl. Zusammen erzielten sie ein absolutes Stimmenergebnis von 4 130, halbierten also das Ergebnis von 2018.

<sup>115</sup> Bei der Landratswahl 2018 erzielte der AfD-Kandidat Sesselmann ein Ergebnis von 29,8 Prozent bei 6920 Stimmen und kam mit diesem Ergebnis nicht in die Stichwahl. In der langjährigen CDU-Hochburg setzte sich der parteilose Kandidat von SPD und Linkspartei Hans-Peter Schmitz durch, der im ersten Wahlgang 37,6 und in der Stichwahl gegen den CDU-Konkurrenten 56,2 Prozent erringen konnte, wobei er sein absolutes Stimmenpotenzial zwar erneut mobilisieren, aber auch kaum steigern konnte (8717 bzw. 8884 Stimmen). Schmitz musste die Landratsfunktion aufgrund einer langen Erkrankung allerdings aufgeben.

Die im Wahlergebnis zum Ausdruck kommenden Verschiebungen der politischen Kräfteverhältnisse nach rechts sind nicht auf Sonneberg beschränkt, sondern haben sich offensichtlich im Zuge der Corona-Krise auf breiterer Front vollzogen. Die AfD konnte weitere Wählerschichten binden und teils auch radikalisieren – deshalb bezeichne ich sie als »erfolgreiches Radikalisierungskollektiv«<sup>116</sup>. Mit diesem Begriff versuche ich drei unterschiedliche Ebenen zu fassen:

ERSTENS: Die AfD schiebt das Parteiensystem nach rechts und radikalisiert damit die Diskursfelder. Das ist nicht nur in der Merz-CDU sichtbar, sondern auch in der Verrohung der deutschen Flüchtlingspolitik.

ZWEITENS: Die AfD arbeitet erfolgreich an der Radikalisierung des in seiner Grundstruktur widersprüchlichen Alltagsverstands. Sie verschärft dessen problematischen Anteile und formiert sie politisch.

DRITTENS: Diese Radikalisierung zeigt sich nicht zuletzt auch innerparteilich. Dabei war der rechtsextreme »Flügel« um Höcke der dynamische Pol der Parteientwicklung, der die Radikalisierung vorangetrieben hat. Dieser Prozess kann heute als abgeschlossen gelten.

Heute ist die AfD vielleicht die einzige Milieupartei in Thüringen. Sie organisiert eine dezentrale, weit in die ländliche Fläche reichende Präsenz, von der andere Parteien nur träumen können. Ihre Stärke ist ihr nachbarschaftliches Gesicht. Es ist der Tierarzt, der Handwerker, der Jugendtrainer von nebenan, der für die AfD spricht, ohne Mitglied sein zu müssen. Darauf und nicht auf den Führungsfähigkeiten Höckes basiert ihre Mobilisierungsfähigkeit. An diesem nachbarschaftlichen Einverständnis scheitert jede mediale Skandalisierung, die zum wiederholten Mal eine Höcke-Rede dekonstruiert.

## Die Kehrseite: Der Einbruch linker Repräsentation

Die Kehrseite des AfD-Erfolgs ist der Einbruch linker Repräsentationsmacht, wie er sich exemplarisch im jüngsten Sonneberger Ergebnis widerspiegelt. Auch hier zeigen sich die langen Linien. In den 1930er-Jahren hat die Thüringer Arbeiterbewegung in weiten Teilen des Landes kein sozio-

<sup>116</sup> Peter Reif-Spirek: Das Ende der Sozialdemokratie, wie wir sie kannten, in: SPW – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, 6/2018, S. 52–57.

kulturelles Milieu herausbilden können. Heute scheint auch R2G gemeinsam zu schwach zu sein, um alltagskulturelle Gemeinschaftsräume zu stabilisieren, die sich gegen die erneute »Faschisierung der Provinz« (Toralf Staud) stellen können. R2G fehlt offenbar die lebensweltliche Verankerung in den ländlichen Regionen. Schwache Wahlergebnisse des nicht-konservativen Lagers sind die Folge und beileibe kein Ausweis ihrer politischen Kommunikationsfähigkeit vor Ort – und zwar generell, wie auch im Besonderen in ihrer Auseinandersetzung mit rechts.

Es wird sich zeigen, ob das demokratische Lager links des Konservatismus sich jetzt wieder nur in seinen Warnungen bestätigt fühlt oder ob es auch zu einer selbstkritischen Debatte fähig ist, denn faktisch hat es die politischen Kommunikationsflächen zu beachtlichen Teilen der Bevölkerung verloren. Insofern ist die politische Situation heute noch weit gefährlicher als in den sogenannten Baseballschlägerjahren der Nachwendzeit.

Die ersten Reaktionen auf das Wahlergebnis in Sonneberg offenbarten vor allem politische Ratlosigkeit. Die Folge war ein hilfloser, moralisierender Antifaschismus, der die falschen Fragen stellt – und viel zu kurz greifende Antworten gibt. Plattitüden, dass Faschisten Faschisten wählen, weil sie eben Faschisten sind, wurden als wahlsoziologischer Befund präsentiert. Es dauerte keinen Tag, bis die Forderung nach einem Parteiverbotverfahren gegen die AfD erhoben wurde, weil diese ja mit Sonneberg ihre politische Wirkungsmacht bewiesen habe – als könne ein starker Staat die eigene mangelnde demokratische Diskursmächtigkeit kompensieren. Kein Wähler der AfD würde dadurch für das demokratische Lager zurückgewonnen.

Daran zeigt sich: Die Schwäche der Demokratie im Osten Deutschlands (und in Osteuropa insgesamt) ist vor allem die Schwäche ihrer Organisiertheit. Insofern wäre jetzt vor allem zähe regionale, organisationspolitische Kärnerarbeit – allen voran der Parteien – gefragt, denn nur so kann ein sozialräumlich verankerter, nachbarschaftlicher Antifaschismus entstehen. Wer dagegen im Stellungskrieg um gesellschaftliche Hegemonie die Schützengräben verwaissen lässt, darf sich nicht wundern, wenn sie von rechts übernommen werden.

Speziell die Parteistrukturen der Linkspartei sind seit den 1990er-Jahren stark ausgedünnt, auch personell, sprich: Kümmererpartei war gestern. Progressiver Cäsarismus als Regierungsstil – allein fokussiert auf einen

starken linken Ministerpräsidenten – erzeugt aber keine lokale Verwurzelung der Demokratie. Auch die SPD hat mit dem Ausscheiden ihrer 1989er-Generation viele lokale Vernetzungen verloren und ist in weiten Teilen des Landes politisch unsichtbar. Und um die zivilgesellschaftliche Organisationsdichte in den ländlichen Regionen steht es nicht viel besser. Wenn aber Demokratie nicht als Graswurzelbewegung vor Ort sichtbar und organisationsfähig ist, wird sie von unten ausgetrocknet.

## Lichtblick Nordhausen?

Mit einer vor allem zivilgesellschaftlich getragenen Mobilisierung konnte im September letzten Jahres ein geschichtsrevisionistischer AfD-Bürgermeister in Nordhausen in der Stichwahl noch verhindert werden. Der AfD Thüringen, die schon eine Erfolgsserie witterte, die ihre weitere Ausstrahlung im Nichtwählerbereich gewiss verstärkt hätte, konnten erstmals Grenzen gesetzt werden.<sup>117</sup>

Das ist gewiss ein Erfolg, aber kein Grund zur Erleichterung und politischen Entwarnung. Denn noch im ersten Wahlgang lag der AfD-Kandidat weit vor seinen Mitbewerbern und erzielte mit 42 Prozent ein doppelt so starkes Ergebnis wie die beiden OB-Kandidaten aus dem R2G-Spektrum (zusammen 20%). R2G ist auch in dieser Wahl gemeinsam so schwach, dass man sich fragen muss, wie lange man sich getrennte Kandidaturen dieser drei Parteien noch erlauben kann, wenn in den nächsten Jahren der Kampf gegen die Faschisierung im Osten im Mittelpunkt steht.

Die anhaltende Stärke der AfD, die auch im zweiten Wahlgang noch um etwa tausend Stimmen zulegen konnte, einerseits und die erfolgreiche zivilgesellschaftlichen Kampagne andererseits – beides zusammen kommt im Nordhäuser Ergebnis zum Ausdruck. Dazwischen lavierten die schwachen Parteien der Berliner Republik.

Die Mobilisierung zur Stichwahl wurde vor allem auch von Unorganisierten getragen; auf einen gemeinsamen Aufruf aller unterlegenen Parteien gegen den AfD-Kandidaten hingegen wurde verzichtet. Von besonderem

<sup>117</sup> <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/nord-thueringen/nordhausen/oberbuergemeister-buchmann-stichwahl-afd-prophet-100.html>



Gewicht waren die öffentlichen Interventionen aus der Gedenkstättenstiftung Buchenwald und Mittelbau-Dora, die den Geschichtsrevisionismus des AfD-Kandidaten offenlegten und auf die internationalen Folgen hinwiesen, wenn die Stadt mit ihrer KZ-Geschichte durch einen rechtsextremen Oberbürgermeister repräsentiert würde. Am Ende bleibt jedoch die Frage, ob einmaliges Campaigning das politische Klima in Nordhausen nachhaltig verändern kann.

## **Die zweite Niederlage bei den Landratswahlen im Saale-Orla-Kreis. Oder wie die AfD verliert und doch gewinnt<sup>118</sup>**

Im Januar 2024 folgte bei den vorgezogenen Landratswahlen im Saale-Orla-Kreis eine weitere Niederlage der AfD. Doch die politische Erleichterung darf nicht dazu führen, die Tiefe der Rechtsentwicklung in Thüringen und hier vor allem in den ländlichen Regionen zu unterschätzen. Der AfD-Kandidat hat in beiden Wahlgängen mit 45,7 und 47,6 Prozent (zweiter Wahlgang) Ergebnisse knapp unter 50 Prozent erzielt, die einiges über die politisch-kulturelle Prägung dieser Region aussagen. In der Stichwahl reüssierte knapp der CDU-Kandidat (und Generalsekretär des Landesverbands), der seinen Wahlkampf mit AfD-Frames geführt hat: mehr Abschiebungen, Abschaffung des Bürgergelds und keine Windkraft im Wald. Die AfD ist erfolgreich, weil sie auch ihre Mitbewerber nach rechts schiebt, mit anderen Worten sie ist auch ohne Landratsamt ein wirksamer politischer Pol der Rechtsentwicklung. Die AfD darf man daher nicht nur an ihren aktuellen Wahlergebnissen messen, sondern auch an der erfolgreichen schleichenden Einsickerung ihrer Positionen, der langsamen Vergiftung der politischen Alltagskultur.

Das eigentliche Desaster auch dieser Wahl stellt – wie bereits zuvor in Sonneberg und Nordhausen – die Marginalisierung der Mitte-links-Parteien dar, deren Kandidaturen zusammengenommen nur etwa 20 Prozent erreichen konnten. Selbst bei einer gemeinsamen Kandidatur wären sie nicht annähernd in Stichwahlnähe gekommen. Nimmt man diese Landratswahl als Menetekel, so sind bei den kommenden Landrats- und OB-Wahlen

<sup>118</sup> [https://wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LR&wJahr=2024\\_75&zeige=Erg=WK&wknr=075](https://wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LR&wJahr=2024_75&zeige=Erg=WK&wknr=075)

weitere Stichwahlen zwischen AfD- und CDU-Kandidaten, also ohne Mitte-links-Beteiligung, in weiteren Regionen des Landes wahrscheinlich. Auch die Wahlkreismandate bei der Landtagswahl im September könnten vor allem zwischen CDU und AfD entschieden werden. Vor diesem Hintergrund sind getrennte Kandidaturen von Mitte-links bei den OB- und Landratswahlen ein politisches Vabanque. Mit dem Antriggern von AfD-Positionen hat der CDU-Kandidat im Saale-Orla-Kreis keinen einzigen AfD-Wähler zurückgewonnen. Betrachtet man die Wählerwanderungen zwischen den beiden Wahlgängen, so verdankt der CDU-Kandidat das Landratsamt dem antifaschistischen Pflichtbewusstsein von Wähler\*innen, die noch im ersten Wahlgang die parteilose SPD-Kandidatin oder den Kandidaten der Linkspartei unterstützt hatten. Würde dies auch unter umgekehrten politischen Vorzeichen funktionieren, wenn CDU-Wähler zwischen einem AfD-Kandidaten und einem Sozialdemokraten oder Vertreter der Linkspartei in einer Stichwahl entscheiden müssten? Die Ost-CDU ist keine Polenz-CDU, und in den vorpolitischen Kommunikationsräumen gibt es zahlreiche Verbindungen zwischen den CDU-, AfD- und FDP-Milieus.

Die Wahlbeteiligung lag in beiden Wahlgängen mit 65,5 und 68,6 Prozent erstaunlich hoch. Der AfD-Kandidat, der schon im ersten Wahlgang ausmobilisiert schien, konnte selbst im zweiten Wahlgang prozentual und absolut zulegen und weitere Nichtwähler mobilisieren. Es gibt keine starke linke, aber eine rechte Antwort auf die Krise der politischen Repräsentation.

## Die Stimmung vor dem Thüringer Superwahljahr

Die drei lokalen Wahlergebnisse fügen sich in ein Gesamtbild, das sich auch in den Ergebnissen der repräsentativen Studie der FES-Thüringen »Wie tickt Thüringen? Lebenszufriedenheit im Freistaat vor dem Superwahljahr«<sup>119</sup> widerspiegelt. Die Online-Befragungen fanden bereits vom Oktober bis November 2023 statt, sodass die Daten keine Aussagen über die Wirkung der Anti-Rechts-Demonstrationen ermöglichen, deren Mobilisierung erst nach den *Correctiv*-Recherchen einsetzte.

<sup>119</sup> Die Studie ist online verfügbar: <https://www.fes.de/landesbuero-thueringen/artikelseite-landesbuero-thueringen/studie-thueringen-22-02?fbclid=IwAR0LzISapjMUJZRFIM2ByTsK0YzFWnh4-5Kelh7UR3FZ591DqE86PQtYIE> – [https://www.nd-aktuell.de/artikel/1180264.thueringen-thueringer-sind-privat-zufrieden-politisch-frustriert.html?fbclid=IwAR0WK7MConH54h0ODyQXTglJXysGAI\\_x8rv\\_qE1zEnmIV-cxeEMsw-tPK-KE](https://www.nd-aktuell.de/artikel/1180264.thueringen-thueringer-sind-privat-zufrieden-politisch-frustriert.html?fbclid=IwAR0WK7MConH54h0ODyQXTglJXysGAI_x8rv_qE1zEnmIV-cxeEMsw-tPK-KE)

Die FES-Studie zeigt, dass die AfD derzeit die stärkste Kraft im Thüringer Parteiensystem darstellt und ca. ein Drittel der Wählerinnen und Wähler anzusprechen vermag. R2G ist weit von einer parlamentarischen Mehrheit entfernt, der parlamentarische Wiedereinzug von FDP und Grünen unsicher. Mit 47,5 Prozent kann sich fast jeder Zweite in der Altersgruppe der 18–29-Jährigen grundsätzlich vorstellen, AfD zu wählen – das ist ein Plus von mehr als zehn Prozent gegenüber dem schon erschreckenden Landesdurchschnitt. Die kommunalen Wahlerfolge der AfD dürften nicht zuletzt auch auf diese überdurchschnittliche Resonanz in den Jungwähler-Kohorten zurückzuführen sein, die sich in der Corona-Krise nach rechts radikalisiert haben. In allen Politikbereichen weisen sie der AfD die größte Problemlösungskompetenz zu.

Die FES-Studie liefert auch eine allererste Einschätzung über das mögliche Potenzial eines eigenständigen BSW-Wahlauftritts in Thüringen – während der laufenden Befragung wurde die Parteigründung von Wagenknecht angekündigt – und deren Schnittmengen zu Wählerpotenzialen der anderen Parteien. Diese Ergebnisse muss man also mit der gebotenen Vorsicht interpretieren. Aber es ist offensichtlich, dass mit dem BSW eine neue Formation antritt, die das Kräftefeld auch der Landespolitik verändern wird, obwohl ihr programmatisches Profil derzeit vollkommen unklar bleibt.

Betrachtet man die bundesweiten Wahlumfragen von mehreren Umfrageinstituten aus dem März 2024,<sup>120</sup> so zeigt sich ein übereinstimmendes Bild: Die Ampel verfügt über keine gesellschaftliche Mehrheit. Die CDU ist mit einem Ergebnis um die 30 Prozent die dominierende politische Kraft. Die AfD liegt stabil bei etwa 18/19 Prozent auf dem zweiten Platz. Sie erreicht zwar derzeit nicht mehr Werte über 20 Prozent wie noch Ende des Jahres 2023, aber gegenüber ihrem Bundestagswahlergebnis zeigt sich ein deutlicher politischer Raumgewinn. Rot-Grün (und im Osten R2G) repräsentieren zusammen ungefähr ein Drittel der Wähler, aber sind weit von einer Mitte-links-Regierungsmehrheit entfernt. Die Linkspartei ist in allen Umfragen unter der Fünf-Prozent-Marke, während ihre Abspaltung BSW sich größere Hoffnungen auf einen Parlamentseinzug machen könnte. Das BSW spaltet vor allem das Wählerpotenzial der Linkspartei oder anders formuliert, sie ist der organisationspolitische Ausdruck einer ohnehin vorhandenen migrationspolitischen Spaltung im bisherigen Wählersegment

<sup>120</sup> <https://dawum.de/Bundestag/>

der Linkspartei. Ob das bsw auch das Potenzial hat, die AfD-Mobilisierung weiter einzuhegen, wird sich erst noch erweisen müssen.

Mittlerweile liegen auch für Thüringen erste Umfragen aus diesem Jahr vor.<sup>121</sup> Nimmt man den aktuellen Thüringentrend des MDR (Infratest dimap, Stand: März 2024) zur Grundlage, so kann man bei aller Vorläufigkeit resümieren: Die AfD ist nach wie vor die politisch stärkste Kraft in Thüringen, weit vor ihren Mitbewerbern. Zwar erreicht sie im aktuellen Thüringentrend mit 29 Prozent den niedrigsten Umfragewert seit April/Mai 2023 (bei der zeitgleichen Befragung von INSA liegt sie auch etwas höher bei 31 %), aber beide Umfrageergebnisse dokumentieren die soziale Terrainerweiterung des Rechtsextremismus während der laufenden Legislaturperiode. Auch mit einem Ergebnis von 29 Prozent hat man die Chance, über ein Drittel der Mandate zu erringen, wenn andere Parteien an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern. Die damit verbundene parlamentarische Blockademacht der AfD ist eine reale Gefahr. Die CDU liegt in allen Umfragen stabil um die 20 Prozent, stagniert folglich auf dem Niveau ihres letzten, schlechtesten Landtagswahlergebnisses.

Die Linkspartei ist gegenüber ihrem letzten Wahlergebnis fast halbiert und liegt nur knapp vor dem bsw, deren bekannte Thüringer Akteure zuvor in der Linkspartei waren. Das bsw spaltet auch in Thüringen vor allem das bisherige Wahlklientel der Linkspartei. Zugleich befürworten überdurchschnittliche 35 Prozent der bsw-Anhänger einen Regierungseintritt der AfD, was die politische Diffusität ihres Wählerpotenzials zeigt. Die SPD liegt klar im einstelligen Bereich. Sie ist in Thüringen weder Arbeiter- noch Volkspartei, sondern repräsentiert ein kleines zufriedenes Milieu leitender Angestellter und Beamter in gesicherter Stellung. Die Grünen liegen bei beiden Thüringen-Umfragen in diesem Jahr bei fünf Prozent, es wird also für sie ein äußerst knappes Rennen um den Wiedereinzug in den Landtag, weil sie bei Wahlumfragen notorisch überbewertet werden. Die FDP ist bei allen Umfragen dieses Jahres klar unter der Fünf-Prozent-Hürde.

<sup>121</sup> Thüringentrend MDR (Infratest dimap): <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/wahlumfrage-landtagswahl-bsw-afd-hoecke-ramelow-100.html?fbclid=IwAR34YwesNa4xhjCg9QZ5GxeChiXWP4JTyKklxiEXGX0uC2yvEi8ecKjAh0> – Thüringer Allgemeine (INSA): <https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/article241925318/Drohende-Blockade-Linke-und-AfD-kommen-rechnerisch-wieder-auf-Mehrheit-im-Thueringer-Landtag.html>

Diese Befunde müssen natürlich mit der gebotenen politischen Vorsicht interpretiert werden, der Landtagswahlkampf hat noch nicht begonnen. Aber weder auf Landes- noch auf Bundesebene ist der Rechtsextremismus geschwächt oder auch nur eingedämmt worden. Er ist stärker geworden, und das wird die Demokratie in diesem Land fragiler machen. Die Ergebnisse der Europa- und Kommunalwahlen werden auf die ein oder andere Weise auch die Dynamik des Landtagswahlkampfes prägen. Eine weitere Faschisierung von unten bei den Thüringer Kommunalwahlen verstärkt das lokale Gewicht der AfD, wovon auch die Landespartei profitieren würde. Die politischen Gewinner der Europawahlen werden mit einem entsprechenden Selbstbewusstsein auch in die Thüringer Wahlauseinandersetzung gehen können.

### **»Thüringen ist eines von den schwierigen Bundesländern« (Reinald Grebe)**

Der Rechtsextremismus ist beileibe kein Ost-Problem, wie die Wahlergebnisse in Bayern und Hessen im letzten Jahr dokumentiert haben, aber er hat in den neuen Bundesländern noch immer ein anderes Gewicht und Gefährdungspotenzial. Die besorgniserregenden Ergebnisse der aktuellen Leipziger »Mitte-Studie« zeigen zudem einen erheblichen Anstieg rechtsextremer Einstellungen.<sup>122</sup> Wachsende Demokratiedistanz in der Mitte der Gesellschaft und Radikalisierung gehören zusammen. »Rechtsextrem zu sein ist nicht mehr etwas, was hinter vorgehaltener Hand passiert.« Das rechtsextreme Selbstverständnis werde mittlerweile »durchaus selbstbewusst nach vorne getragen«, erläutert Beate Küpper, die Co-Autorin der Studie.<sup>123</sup>

Die Wahlerfolge der AfD in Hessen und Bayern belegen, dass sie ihre Schwächeperiode im Westen inzwischen überwunden hat und sich auch hier neue Wählerpotenziale erschließen konnte. Gleichwohl sind die Unterschiede zwischen Ost und West weiterhin nicht zu übersehen. Parlamentarische Mehrheiten gegen die AfD sind in Hessen und Bayern noch in Zweierbündnissen möglich. Auch wenn der Auszehrungsprozess der Parteien im Westen ebenso voranschreitet, hat das repräsentativ-parlamenta-

<sup>122</sup> Andreas Zick, Beate Küpper und Nico Mokros: Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn 2023, als Download unter [www.fes.de](http://www.fes.de).

<sup>123</sup> Acht Prozent teilen rechtsextremes Weltbild, [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de), 21.09.2023.

rische System dort noch immer einen anderen Unterbau. Das zivilgesellschaftliche Netz ist deutlich enger geknüpft und in seinen demokratischen Orientierungen gefestigter. Im Osten hingegen hat der Parlamentarismus, um ein Bild Gramscis aufzugreifen, keine »robuste Kette von Befestigungswerken und Kasematten«, die eine demokratische Kultur absichern helfen. Die Berliner Republik wirkt daher in Teilen des Ostens wie von unten abgehängt; ihre politischen Diskurse erzeugen keine gesellschaftliche Verbindlichkeit mehr vor Ort.

Es ist noch nicht allzu lang her, dass die R2G-Minderheitsregierung von Teilen der Linkspartei als demokratische Innovation des deutschen Parlamentarismus abgefeiert wurde. Tatsächlich ist Thüringen heute längst wieder Avantgarde – aber nicht der demokratischen Erneuerung, sondern der Faschisierung. Längst erweckt R2G den Eindruck der Handlungsunfähigkeit, eine eigene politische Erzählung von den Entwicklungsperspektiven des Landes ist schon lange nicht mehr erkennbar, mit fehlenden Mehrheiten lassen sich wichtige Projekte nicht entwickeln. Die Linkspartei hat dem Rechtsextremismus als Oppositionspartei stärkere Grenzen gesetzt als in Regierungsfunktion, weil sie in ihrer früheren Rolle als politischer Adressat der gesellschaftlichen Kränkungen agieren konnte. Die zunehmende Unzufriedenheit mit Landes- und Bundesregierung ist dagegen ein Treiber der Demokratiekrise.

Die AfD ist in Thüringen und im Osten generell so stark, dass sie eine demokratische Blockadefunktion ausüben kann. Es muss ein Wahlergebnis verhindert werden, bei dem die AfD diese Blockadefunktion erweitert ausspielen kann, weil sie über ein Drittel der Mandate erhält. Das ist die größte Gefahr. Die möglichen parlamentarischen Mehrheitskonstellationen werden sich erst am Wahlabend zeigen. Sollten sich die aktuellen Umfragergebnisse stabilisieren, gäbe es in diesem Land eine AfD-CDU-Mehrheit, aber der CDU wäre die Rolle des Juniorpartners zugewiesen. Das würde eine Bundes-CDU niemals zulassen. »Historisch gesehen zeigt sich, dass die Faschisten immer nur mit Hilfe der Konservativen an die Macht gekommen sind«, sagte Ruprecht Polenz, ehemaliger Bundestagsabgeordneter und CDU-Generalsekretär gegenüber der TAZ und wiederholte damit nur eine alte Erkenntnis linker Faschismustheorie<sup>124</sup>.

<sup>124</sup> <https://taz.de/Nazi-Netzwerk-um-Peter-Kurth/!5984682/>

Ganz unabhängig von der Frage einer neuen Regierungsmehrheit werden diese Mentalitätsbestände und gesellschaftliche Stimmungen wirksam sein und das Land in seinen autoritären politischen Alltagskulturen prägen. Parlamentarische Mehrheiten gegen die AfD wird es vermutlich nur mit Formen lagerübergreifender »antagonistischer Kooperation« von CDU und Linkspartei (und/oder BSW) geben. Neue Tolerierungsmodelle würden wohl kaum zur Stabilität beitragen, können aber in anderen politischen Farben auch nicht ausgeschlossen werden. Schon an der Ampel-Bundesregierung ist ablesbar, wie wenig stabil solche lagerübergreifende Koalitionen sind.

Die Gefahr ist groß, dass Thüringen auch nach der Landtagswahl ein politisch gelähmtes Bundesland bleiben wird, in der die AfD die Rolle einer rebellischen Opposition ausspielen kann. Je breiter die Regierungskoalitionen werden müssen, umso mehr kann sie sich als einzig wahre Alternative inszenieren. Die Landtagswahl 2024 könnte so nur eine Zwischenstation im Prozess einer schleichend fortschreitenden Faschisierung darstellen.

## **Zu spät oder zu früh: Der populistische Moment der Correctiv-Reportage und die aktuelle Protestbewegung gegen rechts**

Nach einer Recherche der TAZ sind im Januar und Februar über 3,7 Millionen Menschen gegen die AfD auf die Straße gegangen, ein zweifelsohne beeindruckender Mobilisierungsschub.<sup>125</sup> Was bedeuten die aufgeführten Umfragewerte auf Landes- und Bundesebene für die Beurteilung der aktuellen Protestbewegung gegen rechts? Sie zeigen vor allem, dass man für die Veränderung politischer Kräfteverhältnisse einen langen Atem braucht und kurzfristige Erwartungen kein Maßstab sind. Schon jetzt aber bleibt als Erfolg festzuhalten: Die *Correctiv*-Recherchen vom Januar 2024<sup>126</sup> haben nichts über den Charakter der AfD »aufgedeckt«, was man nicht schon vorher hätte wissen können. Die Schlüsselschrift für das rassistische Programm, »Revolte gegen den Großen Austausch« von Renaud Camus, ist bereits 2016 auf Deutsch erschienen. Auch die politisch daran anschließenden Deportationsphantasien von Björn Höcke kann man bereits in

<sup>125</sup> <https://taz.de/Demos-gegen-rechts/15994464/>

<sup>126</sup> <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>

seinem Gesprächsband »Nie zweimal in denselben Fluss« von 2018 nachlesen. Sellners Auftritt in Potsdam bewegt sich in diesem Kontext, nichts davon war eine Neuigkeit. Insofern könnte man fragen, warum der Protest so spät die Massen ergreift.

Gleichwohl haben die Recherchen einen populistischen Moment geschaffen, in dem dieses vorhandene Wissen den Alltagsverstand vieler Menschen erreicht hat. Schlagartig wurde klar, wie sehr die rechtsextremen Pläne in das Alltagsleben eindringen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt (mit Nachbarn, Freunden, Arbeitskollegen) bedrohen werden. »Mach meinen Kumpel nicht an«, hieß vor vielen Jahren eine (aus Frankreich übernommene) Kampagne der Gewerkschaftsjugend. Die Folge der *Correctiv*-Recherchen war ein sich selbst verstärkender Mobilisierungsschub, der seinen Ausgangspunkt in Großdemonstrationen im urbanen Raum hatte (und haben musste), medial verstärkt wurde und so erst als Signal der Ermutigung in die Breite des Landes wirken konnte. Dies ermöglichte das Überspringen der Protestdynamik in den kleinstädtischen und ländlichen Bereich – und das ist ein erster und wichtiger Erfolg. Er macht Mut, die eigene demokratische Stimme auch in Regionen zu erheben, in denen man zur Minderheit gehört. Vielfach sind die Demonstrationen von politisch unorganisierten Menschen ausgegangen, Bündnisse haben sich neu gebildet oder wieder Zulauf erhalten. Selbst die Mitte-links-Parteien haben einen Mitgliederzulauf wie lange nicht mehr.

Die Proteste haben das plurale Lager der Demokratie sichtbar gemacht. Sie sind das Signal: Wir haben die Kampfansage begriffen und überlassen den Rechten nicht den öffentlichen Raum. Wir, nicht sie, sind die gesellschaftliche Mehrheit in diesem Land. Schon das verunsichert die Rechte, die es in bestimmten Regionen gewohnt ist, nicht mehr auf öffentlichen Widerspruch zu stoßen. Bewegungen schaffen immer Gemeinschaftlichkeit, sie zeigen, dass man nicht alleine ist und was tun kann. Sie stehen für den »Wärmestrom« (im Sinne Ernst Blochs), der die Erwartungen und Hoffnungen der Menschen berührt und dessen es bedarf, nicht nur, um die Rechten zurückzudrängen, sondern auch, um eine lebendige Demokratie zurückzugewinnen.



## Die Gesellschaft, in der wir leben wollen

Es ist derzeit offen, ob diese Mobilisierungsdynamik bis zum Herbst 2024 aufrechterhalten werden kann oder der Protest wieder abebbt. Vor allem aber dürfen Protestaktionen kein Ersatz für linke Gemeinwesenarbeit in der Breite des Landes sein.

Wenn das Land nach rechts zu kippen droht, wie die Befunde der aktuellen Mitte-Studie und Wahlumfragen zeigen, wirft dies auch Fragen nach den politischen und pädagogisch-präventiven Gegenstrategien auf, die bisher jedenfalls die rechte Erfolgsgeschichte noch nicht einmal eindämmen, geschweige denn brechen konnten. Kritische Selbstreflexion statt »Weiter so« wäre also gefragt. Wer die AfD wirksam bekämpfen will, braucht ein eigenes politisches Framing, das zeigt, in welcher Gesellschaft wir leben wollen.

»Ich höre sehr oft, gegen die Rechtspopulisten komme man nicht an, denn ihre Antworten seien einfacher. Hochkomplexe Inhalte, wie die der demokratischen Parteien, seien nicht einfach zu framen. Doch viele der großen Parteien machen ihre Hausaufgaben schlichtweg nicht«, analysierte die Sprachwissenschaftlerin Elisabeth Wehling die Fehler des damaligen Anti-Trump-Kampfes. Ihre Forderung: »Die Frames der Gegner aufzugreifen, führt zu nichts. Durch die Erwähnung eines Frames, unabhängig ob bejahend oder verneinend, wird dieses immer wieder aktiviert. Das ist dann kostenloser Wahlkampf für die anderen.« Stattdessen müssen Demokraten sich auf ihre eigenen Stärken besinnen: »Demokratische und progressive Geschichten sollten erzählt werden, mit Frames von Empathie, Miteinander, Nächstenliebe, gegenseitiger Befähigung und Schutz.«<sup>127</sup> Diese Analyse lässt sich eins zu eins auf die deutsche Situation übertragen.

<sup>127</sup> »Finger weg vom AfD-Wording«, in: TAZ, 09.12.2016; ausführlicher in ihrem Buch »Politisches Framing: Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht«, München 2016.